

Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in
Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten
Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion und Expedition: Berlin N. 57
Winterfeldstr. 24 (Redakteur: Emil Wittmer)
Fernsprecher Amt Cäthow Nr. 2746

Staats- und Gemeindebetriebe
sollen Musterbetriebe sein!

Erscheint wöchentlich freitags-Bezugspreis
vierteljährlich durch die Post (ohne Bestellgeld) 2 Mk.
postzeitungsliste Nr. 3164

Eine Mahnung zur regen Herbstagitation.

Im 11. Kriegsmonat stehen wir und ferner denn je erscheint uns gegenwärtig das Kriegsende.

So mancher unter uns — und am stärksten wohl die im Felde Stehenden — haben bis vor 2-3 Monaten gehofft, daß nun „bald“ der Frieden da sein müsse. Insbesondere hatten die nach menschlichen Erfahrungen geradezu phantastischen Erfolge unserer Ostfront diese Friedenshoffnung immer stärker werden lassen.

Nun aber wissen wir seit Monaten: die Friedensgeneigtheit der Gegner ist in England, Frankreich und Rußland noch immer sehr gering!

Unser wiederholt befundeter Friedenswille hat nicht einmal stärkeren Widerhall bei den Sozialisten und Gewerkschaften des feindlichen Auslandes gefunden und der Jubel uns Anlaß der nun einsetzenden französisch-englischen Westoffensive vom 25. September beweist uns, wie stark die Allisionskraft und — wie schier unerhöplich die Willenskraft unserer militärischen Gegner ist. Auch Rußland hat in den letzten Wochen erböhten zähen Widerstand geleistet. Wir werden daher gut tun, nicht allzu optimistisch auf baldigen Friedensschluß zu rechnen. Wenngleich ihn alle kriegsführenden Völker inbrünstig herbeisehnen...

Wichten wir unsere gewerkschaftliche Agitation darum stärker auf den bestehenden Zustand ein! Kommt der Friede dennoch über Nacht, um so besser.

Was ist das Charakteristische in gegenwärtiger Zeit in unserer Organisation?

Monat für Monat werden einige hundert Kollegen eingezogen. Bis 15. August 1914: ca. 10.000, 1. Januar 1915: 16.000, 1. Oktober 1915: 24.000!

Künftig ist die Hoffnung aufzugeben, diese klaffenden Lücken ausfüllen zu können. Es könnte uns schon mit Stolz und Freude erfüllen, wenn keine weiteren Verluste zu verzeichnen wären. Leider waren trotz namhafter Zunahme in Berlin (+ 816) am 1. September 1915 immer noch 2745 Mitgliederverluste zu buchen.

Wir verkennen gewiß die Schwierigkeiten nicht, die sich namentlich in den Grenzgebieten gegen unser Fortschreiten jetzt in ungeahnter Größe aufstürmen.

Andererseits sind auch starke Gründe für die Möglichkeit besserer Agitationserfolge vorhanden!

Unsere planmäßige Organisationsarbeit hat sowohl den Familien der Eingezogenen oftmals erst die besonderen Unterstützungen für städtische Arbeiter, als auch den verbleibenden Arbeitskollegen die Feuerungszulagen gebracht.

Gewiß sind die letzteren meist unzulänglich und — gemessen an den tatsächlichen Feuerungsverhältnissen — nur Tropfen auf dem heißen Stein. Aber viele laufende Arbeiter in anderen Industrien haben diese Vergünstigungen trotz der Feuerung nicht erhalten, wenn nicht — wie in den Mi-

tarindustrien — besonderer Arbeitermangel die Unternehmer dazu zwang.

Und ein weiteres Werbemittel für unsere Organisation muß doch auch die gewaltige finanzielle Leistung sein, die wir im vergangenen Kriegsjahr befundet haben.

Mit den besonderen Leistungen der Filialen ist für die Familien der Eingezogenen wohl schon über

eine halbe Million Mark

von unserer Organisation ausbezahlt!

Wer aber kann leugnen, daß unsere Kollegen im Felde es vollauf verdient haben, daß wenigstens alles geschieht, was in unseren schwachen Kräften steht, ihnen ihr schweres Los zu erleichtern.

Zeit dem 1. August 1915 mußten wir uns schweren Herzens entschließen, die Familienunterstützung einzustellen, sollten wir nicht das finanzielle Fundament unseres Verbandes gefährden. Dafür konnten aber die statutarischen Bestimmungen wieder voll in Kraft treten. So ist auch der Agitation ein größerer Anreiz gegeben.

Wir mußten auch weiter an die Zeit nach dem Kriege denken, und so sind bereits Bestimmungen getroffen worden, die eine Hilfe für die schwere Uebergangszeit bei Friedensbeginn schaffen sollen. In Nr. 40 der „Gewerkschaft“ im Verbandsteil ist bereits darüber berichtet. So mag hier nochmals darauf hingewiesen werden, wie reich und wie notwendig unsere Organisationsarbeit während und nach dem Kriege ist.

Wichtiger denn je wird die Gewerkschaft nach dem Weltkriege sein, sowohl für alle zurückkehrenden als auch für die zurückgebliebenen Kollegen.

Daraus folgert die Notwendigkeit einer stärkeren Belebung der Agitation in den jetzt beginnenden Herbstmonaten.

Wohl haben wir an vielen Orten alle alten Verbandsfunktionäre vorläufig ans Meer abgeben müssen. Nicht überall konnte gleicher Erfolg gesunden werden. Wohl ist heute der Sinn vieler Kollegen mehr auf „Kriegserfolge“ denn auf Werbearbeit eingestellt.

Aber wir müssen nun doch aus den eingangs erwähnten Gründen ernstlich daran gehen, die enormen Schwierigkeiten in der Agitation zu überwinden und das Interesse am Verbandsleben neu aufzurichten.

An manchen Orten glaubt man, mit der Hauskassierung sei nun alles getan. So zweckmäßig dieses System im allgemeinen zur Mitgliedererhaltung ist, es birgt doch auch die hohe Gefahr in sich, daß nun manche Mitglieder nur zahlende sind, während sie unserer Presse nur noch ein bedingtes Interesse entgegenbringen, in unseren Versammlungen aber überhaupt nicht mehr erscheinen.

Das führt dann wieder zu dem Fehler, daß die Filialvorstände leicht geneigt sind, nach ein- bis zweimaligem

mangelhaften Versammlungsbesuch die Vorträge und Veranstaltungen ganz einzustellen. Dabei ist durch den Kriegszustand ohnehin das politische und zum Teil auch das gewerkschaftliche Versammlungsleben erheblich erschwert.

Anstatt nun — wie vor 25 Jahren unter anders gearteten, aber ebenfalls recht erschwerenden Umständen — alles daran zu setzen, um für Aufklärung über die tausend neu auftauchenden Probleme sich zu bemühen, sehen wir in den meisten Gewerkschaften zurzeit ein weniger reges Leben.

So ermahnen wir nun alle unsere Ziliälvorstände dringend, überall, wo es irgend zugänglich ist, Versammlungen mit aufklärenden Vorträgen zu veranstalten und allerorten wieder erneut und ausdauernd Versuche zu machen, um die Erziehungsarbeit der alten und neugewonnenen Gewerkschaftsmitglieder fortzusetzen.

Unsere bisherige Gewerkschaftsmethode, beginnend bei der Hausagitation, der Agitation von Mund zu Mund, der Verwendung unserer Presse muß auch weiterhin in den kommenden Herbst- und Winterabenden fortgeführt und — wo irgend zugänglich — durch Vorträge, bildende und belehrende Veranstaltungen ergänzt und erweitert werden.

Besonders erscheint uns die regelmäßige Abhaltung von Betriebsversammlungen (am besten allmonatlich) erforderlich. In den größeren Ziliälen sollen auch die Vertrauensmännerversammlungen usw. in möglichst regelmäßigen Turnus stattfinden.

Bis zum letzten Augenblick, das heißt bis zum Eintritt ins Meer, muß jedes Verbandsmitglied sich interessieren und interessieren werden am Verbandsleben. Das gibt uns dann auch die volle Gewähr, daß selbst in den härtesten Lagen des Weltkrieges unsere Sache nicht ins Wanken gerät und gleich nach dem Siege mit ganzer Kraft neu eingeleitet wird.

Nichts unsinniger, als der oft wiederkehrende Ausspruch: „Es hat ja doch keinen Zweck mehr!“ Es hat sogar noch Zweck an der Front, wie zahlreiche Briefe und Zuschriften pflichterführiger und gutgeschulter Gewerkschaftler und Kollegen beweisen!

Der Herbstnebel steigt, länger werden die Abende. Da sollte die kostbare freie Zeit unserer Kollegen nicht mit Vierbankpolitik in öden Lokalen verpömpert werden, wie das heute noch vielfach geschieht, sondern jeder arbeite an seiner Weiterbildung, an der Klärung und Aufklärung anderer mit allen Kräften.

Viel bleibt zu tun für jeden einzelnen von uns. Wohlan, gehen wir an die Arbeit!

Die deutsche Arbeiterversicherung im Jahre 1913.

IV. Die Arbeiterversicherung insgesamt. (Schluß)

Reißt man das gesamte Gebiet der Arbeiterversicherung zusammen, so ergibt sich für das Jahr 1913 folgendes Ergebnis:

Es waren versichert:	
Gegen Krankheit etwa . . .	14½ Millionen Personen
Unfall . . .	26 „
„ Invalidität „ . . .	16—18 „
Es wurden entschädigt:	
Bei Krankheitsfällen (mit Erwerbsunfähigkeit) . . .	6 249 527 Personen
Unfallverletzte, erstmalig entschädigte . . .	139 633
„ laufende Renten . . .	1 010 495
Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung:	
Erstmals festgesetzte Renten . . .	192 578 Personen
Laufende Renten . . .	1 102 159
Einmalige Leistungen . . .	8 542
Die gezahlten Entschädigungen betragen:	
Bei der Krankenversicherung . . .	429 617 806 M.
„ Unfallversicherung . . .	175 350 796
„ Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung (einschließlich Reichszuschuß) . . .	217 626 303
Zusammen	822 594 875 M.

Von den Kosten der Arbeiterversicherung wurden aufgebracht:

Durch Beiträge der Versicherten . . .	445 251 076 M.
„ „ Arbeitgeber . . .	498 835 617
„ Reichszuschüsse . . .	58 115 062
In den Jahren 1885 bis 1913 wurden als Entschädigungsbeiträge an die Versicherten geleistet:	
Von der Krankenversicherung . . .	5 567 393 049 M.
„ Unfallversicherung . . .	2 478 778 635
„ Invalidenversicherung (einschl. Reichszuschuß) . . .	2 693 778 413
Zusammen	10 739 890 097 M.
Von den Kosten der Arbeiterversicherung wurden aufgebracht:	
Durch Beiträge der Versicherten . . .	5 895 223 670 M.
„ Arbeitgeber . . .	6 681 551 737
„ Reichszuschüsse . . .	816 035 462
Zusammen	13 372 810 869 M.

Das sind recht gewaltige Summen, die uns hier vor Augen treten, und unbeirrt sieht denn auch das Deutsche Reich in bezug auf den Umfang und den systematischen Ausbau der sozialen Fürsorge für die Arbeiterschaft von allen Staaten an erster Stelle. Wir wollen durchaus nicht verkennen, daß durch die deutsche Arbeiterversicherung schon hervorragendes geleistet worden ist. Aber auch nicht vergessen, wie fortgesetzt anzukämpfen war gegen einflußreiche Kreise, die jeglichen Fortschritt in der sozialen Fürsorge weniger durch gute Gründe als durch die ihnen zu Gebote stehenden wirtschaftlichen und politischen Machtmittel zu verhindern befreit waren. In Zukunft dürften die sozialen Gründe, welche bisher gegen eine weitgehende Sozialpolitik geltend gemacht wurden, noch weiter erheblich an Gewicht einbüßen. Denn wenn es noch eines Beweises für die Wirksamkeit eines ausreichenden wirtschaftlichen und sozialen Schutzes des arbeitenden Volkes bedürft hätte, so ist er durch die Führung des jetzigen Weltkrieges erbracht worden, der die dem deutschen Volke innewohnende Kraft vor aller Welt offenbarte, woran auch unsere Sozialpolitik ihren gebührenden Anteil hat. Diese Lebenskraft des deutschen Volkes bis zum höchsten Maß zu steigern und sie für die künftige Friedensarbeit nutzbar zu machen, ist eine Aufgabe von hohem kulturellen Wert.

Auf dem Gebiete der Arbeiterversicherung ist noch unendlich viel zu tun. Sie bietet den Arbeitern bei weitem noch nicht das, was er als ein Recht zu beanspruchen hätte. Wir haben es nicht daran fehlen lassen, ständig, bei jeder passenden Gelegenheit, die schwereren Mängel unserer Arbeiterversicherung, ihre Unvollständigkeit und das Unzureichende ihrer Leistungen hervorzuheben und an ihrem Ausbau tatkräftig mitzuarbeiten. Und ist erst dem deutschen Volke der Frieden wiedergewonnen, so wird die Parole der Friedensarbeit für die Arbeiterschaft und alle sozial empfindender bürgerlichen Kreise lauten: „Mit allen Kräften vorwärts auf der Bahn der Sozialpolitik.“

Die Gewerkschaften Oesterreichs im ersten Kriegsjahr.

Von den verschiedenen Gewerkschaftsgruppen, die in Oesterreich bestehen, haben nur die freien Gewerkschaften, die der Gewerkschaftskommission in Wien angeschlossen sind, tatsächliche wirtschaftliche Bedeutung. Wie aus dem Berichte der Gewerkschaftskommission hervorgeht, hatten diese Organisationen im Jahre 1914 unter dem Einflusse des Krieges schwer zu leiden, so daß ihre Gesamtmitgliederszahl von 415 195 am 31. Dezember 1913 auf 240 681 am 31. Dezember 1914 zurückging. Der Mitgliederverlust machte 174 500 oder 42 Proz. aus, aber es ist zu bedenken, daß weitaus die meisten dieser Mitglieder zum Militär eingerückt sind. Die Gewerkschaftskommission nimmt an, daß bis zum Jahresende 120 000 Mitglieder zum Kriegsdienst eingezogen wurden. Viele andere gingen infolge der in den ersten Kriegsmonaten stark gesteigerten Arbeitslosigkeit verloren und wieder andere, die nicht ganz jenseits waren, haben die abnormalen Zeiten benutzt, um sich hüll zu drücken. Doch das ist glücklicherweise nur eine kleine Minderzahl.

Mitgliederzunahmen hatten im letzten Jahr bloß 3 Organisationen, nämlich die Krankentosenangehörten, die Sattler, sowie die landwirtschaftlichen Arbeiter. Tagogen ging in 42 Organisationen die Mitgliederzahl um 30 bis 90 Proz. zurück, und in den anderen Organisationen betrug die Abnahme 15 bis 29 Proz.

Von den 240 681 zu Ende 1914 in den freien Gewerkschaften organisierten Arbeitern befanden sich in der Stadt Wien allein 80 064 oder 37 Proz., im übrigen Niederösterreich 22 143 oder 9 Proz., in Böhmen 55 096 oder 24 Proz., in Mähren 16 321 oder

7 Proz., in Steiermark 15 117 oder 6 Proz., in Schlesien 11 293 oder 5 Proz. usw. In den im Jahre 1914 vom Kriege direkt betroffenen Ländern Galizien und Bukowina ging infolge der Unterbrechung des Verkehrs mit Oesterreich und sonstiger durch die russische Invasion bedingten Umstände fast die Gesamtzahl der Gewerkschaftsmitglieder verloren, doch ist zu hoffen, daß in diesen unglücklichen Ländern auch die Gewerkschaftsorganisationen bald neu und fester aufgebaut werden.

Von den zur Unterstützung von Arbeiterkämpfen gebildeten „freien Organisationen“ abgesehen, die nicht dem Vereinsgesetz unterliegen, hatten die Gewerkschaften Oesterreichs 1914 Einnahmen von 8 274 012 Kr. und Ausgaben von 9 922 301 Kr., so daß sich ein Gebärungsabzug von 1 648 288 Kr. ergibt, der hauptsächlich auf die erhöhten Kosten der Arbeitslosenunterstützung zurückzuführen ist. Die Arbeitslosenunterstützung am Orte erforderte 1914 3 023 780 Kronen gegen 2 294 801 Kr. im Jahre 1913; ferner erforderte die Reiseunterstützung 1914 1 384 108 Kr. gegen 238 280 Kr. im Jahre 1913, die Notfallunterstützung 1914 536 198 Kr. gegen 543 653 Kr. im Jahre 1913, sonstige Unternehmungen kosteten 1 315 273 Kr. gegen 1 630 195 Kr. im Jahre 1913. In den letzten zehn Jahren, die seit 1904 verfloßen sind, war der Durchschnittsbetrag der auf ein Mitglied entfallenden Arbeitslosenunterstützung 1906 mit 1,98 Kronen am geringsten; er stieg sodann auf 5,31 Kr. im Jahre 1913 und 12,56 Kr. im Jahre 1914, wobei allerdings nicht außer acht bleiben darf, daß durch das Sinken des Reallohnstandes sich eine sehr wesentliche Steigerung der Relativzahlen ergibt.

Die Ausgaben für Unternehmungen überhaupt betragen 1914 in 31 Organisationen mehr als 10 Mr. pro Mitglied, am höchsten, 177 Mr., waren sie bei den Textilern; dann folgen die Leder- und Galanteriearbeiter mit 145 Mr., die Buchdrucker mit 109 Mr., die Kartographen mit 95 Mr., die Goldarbeiter mit 70 Mr., die Schuhmacher mit 63 Mr., die Holzarbeiter mit 60 Mr., die Schneider mit 50 Mr. usw. Durch ihre Unternehmungsleistungen haben auch die österreichischen Gewerkschaften viel zur Verringerung der Kriegslöhne beigetragen, in welche die Arbeiterkraft geriet. Vieles könnte besser sein, wenn vor dem Kriege eine größere Anzahl von Arbeitern den Weg zur Gewerkschaft gefunden hätte!

Der Vermögensbestand der freien Gewerkschaften Oesterreichs belief sich Ende 1914 auf insgesamt 13 734 000 Kr. gegen 14 735 000 Kronen Ende 1913. Auf jedes Mitglied traf 1913 ein durchschnittliches Vermögen von 35,49 Kr. und 1914 von 57,06 Kr. Mindestens 100 000 Kr. Vermögen hatten Ende 1914 24 Organisationen. Die Buchdrucker allein verfügten über rund 2 Millionen (1913: 2 325 000 Kronen).

Der Bericht der österreichischen Gewerkschaftskommission für 1914 läßt trotz aller Schattenseiten, die er aufweist, die Befürchtung nicht aufkommen, es werde den Gewerkschaften an der nötigen Kraft zu neuem Aufschwung mangeln. Es ist ferner die begründete Hoffnung zu schöpfen, daß die werktätige Hilfe der Gewerkschaften für die aus dem Kriege heimkehrten Reservisten das beste Mittel sein wird, um sie von der Notwendigkeit der Zugehörigkeit zur Organisation zu überzeugen und sie darum auch in Massen dieser zuführen wird. Der Wiederaufbau der Volkswirtschaft nach dem Kriege wird mehr denn je harter und aktionsfähige Gewerkschaften zur absoluten Notwendigkeit gestalten.

Die freie Gewerkschaftspressen Oesterreichs beinahe bei Kriegsbeginn aus 50 deutschen Blättern, 31 tschechischen Blättern, 13 polnischen Blättern, 7 italienischen Blättern, 5 slowenischen Blättern und einem jüdischen Blatt. Seit Kriegsbeginn haben eine Anzahl ihre Erscheinung eingestellt, während andere nur zeitweise erscheinen. Bei wieder anderen Blättern wurden die normalen Ausgabezeiten verlängert. Es ist zu hoffen, daß sich nach dem Kriege auch die österreichische Gewerkschaftspressen bald erholen und ihre Aufklärungsstätigkeit in vollem Umfang wieder aufnehmen wird.

Wochenbericht vom Krieg

Berlin, 4. Oktober 1915.

Zwar dauerte die große französisch-englische Offensive im Westen noch diese ganze Woche an, aber nur schwere blutige Kämpfe sind der Erfolg! Die deutsche Heeresleitung errechnet 190 000 bis 200 000 Verluste, denen höchstens der fünfte Teil (also immerhin 10 000!) Deutsche gegenüberstehen! Da mag der Teufel die Offensive lange aushalten! Aus Joffre's Armeebefehl ist in dessen Har erschreckend, daß man „keinen „aufs Ganze“ ging“. Dabei mögen wohl politische Motive eine die etwas unglückliche Note auf dem Balkan eine Rolle gespielt haben. Auch in der französischen

Regierung wie im russischen Volk scheint nicht mehr alles von der „heiligen Einigkeit“ durchdrungen. Ob indessen daraus Wirkungen erwachsen, die militärisch schwächen, bleibt abzuwarten, ist jedenfalls nicht sehr wahrscheinlich. — Bulgarien hat fertig mobilisiert, ist also marschbereit nach — Mazedonien. Unterdessen droht der Vierverband mit Aufstellung einer Gegenarmee, die unter Umständen dem Dardanellenheer entgegen werden soll. — Die deutsche Septemberteute im Osten mit 96 000 Mann steht zwar den letzten Monaten (seit (Mail) nicht unerbittlich nach, ist aber noch immer riesenhaft groß und beweist den fortschreitenden Zermürbungsprozeß des russischen Heeres.

Nachfolgend wichtigere Einzelvorgänge:

26. September. Französisch-englische Westoffensive setzt sich schwächer fort. Schwere blutige Verluste südwestlich Lille und bei Souchez, ebenso zwischen Reims und Argonnen. Gefangenenzahl insgesamt 65 Offiziere, 6500 Mann. 5 französische Flugzeuge wurden zum Abwurf gebracht. — Im Nigaischen Meerbusen greifen deutsche U-Boote russische Kriegsschiffe mit Erfolg an durch Bombenwürfe. — An der Südwestfront von Düna burg Vordringen. 1300 Gefangene. — In Wolhynien ist die russische Offensive gebrochen. Die Russen weichen östlich von Luck und nordwestlich von Dubno zurück. — **27. September.** Westoffensive dauert an. Bei Loos vergeblicher englischer Gasangriff. Deutscher Gegenstoß bringt Geländegewinn. 3397 Gefangene, 9 Maschinengewehre. — Bei Souchez und auf der Front der Champagne französische Angriffe abgewiesen. Bei Souain wird französische Kavallerie zusammengebrochen. — In den Argonnen kleiner deutscher Vorstoß bei Fille Morte. 250 Gefangene. — Armee v. Eichhorn hat in der Schlacht von Wilna 70 Offiziere, 21 908 Mann gefangen, 3 Geschütze, 72 Maschinengewehre erbeutet. — Südlich Smorgon und nordöstlich Wischniew ist russische Stellung durchbrochen. 24 Offiziere, 3300 Mann gefangen. — Armee Prinz Leopold gewinnt Brückenköpfe östlich Paranowitschi. 350 Gefangene. — Heeresgruppe v. Linington erzwingt bei Luck Übergang über den Zbr. Müdwa der Russen hinter die Putilowka. — **28. September.** Französisch-englische Durchbruchversuche werden vergeblich fortgesetzt. — Im Osten zwischen Smorgon und Wischniew siegreiches Vordringen. — **29. September.** Erbitterte Kämpfe im Westen zwischen Reims und Argonnen. Französische Angriffe nordwestlich Massiges brechen blutig zusammen. — Im Osten erfolgreiche Kavalleriekämpfe bei Postaw. Letztlich Smorgon 1000 Gefangene. — Armee v. Linington und Oesterreicher erstürmen am Kormin russische Stützpunkte. 800 und 1000 Gefangene. — **30. September.** Starke französische Angriffe an der Westfront, besonders in der Champagne (7123 Gefangene insgesamt) scheitern blutig. — Westlich Düna burg werden russische Stellungen gestürmt. 1360 Gefangene. — Armee Prinz Leopold weist russische Vorstöße ab. 500 Gefangene. — Im Osten sind im September erobert: 421 Offiziere, 95 464 Mann, 37 Geschütze, 298 Maschinengewehre, 1 Flugzeug. — Oesterreicher gewonnen in Wolhynien in den letzten zwei Tagen 10 Offiziere, 2100 Mann Gefangene. — **1. Oktober.** Blutige Verluste der Engländer bei Loos. — Französisch-englische Angriffe östlich Souchez abgeblagen. Bisher in diesem Abschnitt 106 Offiziere, 3642 Mann gefangen, 26 Maschinengewehre. — In der Champagne vergebliche französische Angriffe. Hier beträgt die Gesamtzahl der Gefangenen bis jetzt 211 Offiziere, 10 721 Mann, 35 Maschinengewehre. Zwei französische Flugzeuge abgeschossen. — Im Osten bei Smorgon 1100 Gefangene. — Armee v. Linington erstürmt russische Stellungen bei Gzeruhz. 2400 Gefangene. — Armee Graf Potthmer (Galizien) weist russische Durchbruchversuche blutig ab. — Oesterreicher nehmen am Korminbach in den letzten Tagen 5400 Russen gefangen. — An der serbischen Südfront und bei Gorazda sowie östlich Trebinje (Montenegro) Geschützkämpfe. Oesterreicher vernichteten feindliche Magazine. — **2. Oktober.** Feindliche Monitore (Manonenboote) rüben vergeblich Feuer auf belagerte Mäste bei Weisende. — Engländer erleiden schwere Verluste nördlich Loos bei ihren vergeblichen Angriffen. — Letztlich Souchez mißlingt französischer Vorstoß. — Bei Reibel wird französisches Luftschiff „Alface“ zur Landung gezwungen, Besatzung gefangen. — Centrale Stadt Zurembura wird von französischen Fliegern mit Bomben bedroht (Wasserrechtsbruch). — Im Osten räumen die Russen in Wolhynien das Westufer des Korminbaches. — Größere italienische Angriffe bei Toverdo sind abgeblagen. — Deutsche Heeresleitung gibt Joffre's Geheimbefehl an die kommandierenden Generale vom 11. September 1915 zur Durchführung der großen Offensive im Westland bekannt.

• Kriegsbriefe •

Aus Rußland schreibt Kollege Rasowski vom 14. September unter anderem: . . . Wie ich in bald jeder Nummer der „Gewerkschaft“ zu meinem größten Bedauern sehe, bringen auch wir Gemeindeglieder in diesem Kriege große Opfer. Am schmerzhaftesten verübt auch mich der Tod unserer beiden Kollegen Sebald und Wesołowski. Wohl die größten Verluste, die unsere Organisation in dieser schweren Zeit treffen konnten. — Nebenbei gesagt ist mein Tätigkeitsfeld in der Nähe des Kollegen Wesołowski gewesen und es tut mir unendlich leid, dies nicht eher als erst durch die Todesanzeige erfahren zu haben. — Die Zustellung der „Gewerkschaft“ als auch aller anderen Postfachen erfolgt jetzt sehr unregelmäßig — oft mit 2-3 Wochen Verspätung — was aber erklärlich ist, wenn man die Schwierigkeiten in Betracht zieht, die unsere Postwagen in diesem trübseligen Lande zu überwinden haben. Stürme und Moräne von vielfach eiskalten Kilometern hat man hier des öfteren zu durchqueren. Gab es in Polen schlechte Wege, so gibt es im heiligen Rußland gar keine. Auch die Beschaffenheit des Geländes ist eine andere als in Polen. Polen eine weite Ebene, soweit das Auge schauen kann; hier dagegen ist das Gelände sehr hügelig und daher für uns sehr ungünstig, da die Russen sich immer auf den Höhen verdingen und so ganze Gelände beherrschen. Darum müssen wir des öfteren die Räder benutzen, um uns an den Feind heranzuarbeiten. Wenn Deutschland nach dem Kriege das eroberte Gebiet behält, so kann es sich für die momentanen Opfer wenigstens teilweise schadlos halten. Denn die reichen Wälder im eroberten Gebiet bergen Millionen in sich. Auch der Ackerboden ist hier ein guter, nur sehr verunreinigt. Bei guter Bewirtschaftung wird dem Boden viel mehr abgerungen werden können als dies jetzt geschieht. Die hiesige Bevölkerung arbeitet hier noch zumeist mit den primitiven Geräten: Pflüge, Eggen, Heu- und Wagnadeln, so sogar die Wagenachsen sind aus Holz. Eine vernünftige Bearbeitung der Acker ist deshalb ausgeschlossen. Dazu kommt noch, daß die Bevölkerung hier furchtbar faul ist. Die „Häuser“, in denen sie wohnt, starrten innen wie außen vor Schmutz und Dreck. Meine Pruthänen für allerhand Ungeziefer und wahre Herde für allerlei Krankheiten. Die Städte bilden darin keine Ausnahme, wie ich beispielsweise in einigen mittelgroßen Städten wie Radow, Malin, Sidanowicz u. a. feststellen konnte. Es ist wirklich an der Zeit, daß hier einmal gründlich Remedur geschaffen wird. Vor einigen Tagen haben wir die Stadt W. in W. Rußland eingenommen; eine ziemlich große, im Tal gelegene und äußerlich ansehnliche Stadt. Im Innern aber derselbe Schmutz und Dreck wie allenthalben. Man muß sich wahrlich wundern, daß die epidemischen Krankheiten nicht mehr um sich greifen als dies bisher der Fall war. . . .

• Aus den Stadtparlamenten •

Kriegs-Teuerungszulage.

München. Die Arbeiter der Abfuhrabteilung und des Gaswerks erhielten eine Teuerungszulage von 3 Mk. pro Woche. Mit der im Mai bewilligten Zulage beträgt die Zulage jetzt 6 Mk. pro Woche.

Hannover. Die Laternenwärter des Gaswerks erhielten eine Teuerungszulage von 25 Pf. pro Tag. In Anbetracht der Tatsache, daß die Löhne für die Fernwärter seit acht Jahren dieselben geblieben sind, ist die Zulage als völlig ungenügend zu bezeichnen.

Sab Reichenhall: Verheirateten Arbeitern 15 Pf. pro Tag. —

Traunstein: Verheirateten Arbeitern 10 Pf. und für die Familie und Kinder zusammen weitere 5 Pf. pro Tag. Die Stadtwäiter in beiden Städten haben wohl das Gefühl für ihre Arbeiter verloren. Oder hat man diese minimalen Sätze genommen, damit die städtischen Arbeiter nicht zu üppig werden?

Abänderungen.

Raben-Raben: Nur Stadtarbeiter erhalten bis auf weiteres vollen Lohn.

Freiburg: Alle Eingekerkerten erhalten bis auf weiteres vollen Lohn; die Eingekerkerten sind bei der zünftigen Krankenkasse nicht weiterverpflichtet. — Für jeden Eingekerkerten bezahlt die Stadt einen halben Kriegsversicherungsanteil in Höhe von 10 Mk., also 5 Mk. für die Hälfte.

Lahr zahlt für Stadtarbeiter 25 Proz. für die Frau, 6 Proz. für jedes Kind, aber nicht mehr als 50 Proz. ausschließlich der Reichsunterstützung.

Offenburg: Das gleiche wie Lahr, auch ausschließlich der Reichsunterstützung.

Strasbourg i. G. (Zusatz.) Ledige erhalten 25 Proz., wenn sie Angehörige unterstützen 75 Proz. — Gaswerk: 2 Mk. für die Frau, 20 Pf. für jedes Kind pro Werktag; abgezogen wird hiervon die Reichsunterstützung für die Frau, die Reichsunterstützung für die Kinder wird dagegen nicht eingerechnet.

• Aus unserer Bewegung •

Die bayerischen Staatsarbeiter und Staatsbeamten in der Zivilverwaltung. Das bayerische Gesamtzivilstaatsministerium gibt im „Gesetz- und Verordnungsblatt“ bekannt: „Den in den Staatsbetrieben der Zivilverwaltung beschäftigten Arbeitern sowie den Beamten der untersten Klassen der Gehaltsordnung und den diesen gleichnachstehenden Personen wird auch weiter, und zwar vorerst für die Zeit vom 1. Oktober bis 31. Dezember d. J. als Zuschuß zu den infolge des Krieges erhöhten Kosten des Lebensunterhaltes eine Kriegsteuerungsbefreiung nach Maßgabe der Grundzüge der Bekanntmachung vom 24. Juni 1915 gewährt. Dabei wird die in dieser Bekanntmachung bestimmte Einkommensgrenze mit Wirkung vom 1. Oktober d. J. für die Arbeiter von täglich 4,60 Mk. auf täglich 5,30 Mk. und für die Beamten von jährlich 1400 Mk. auf jährlich 1600 Mk. erweitert.“ — Die Bekanntmachung vom 24. Juni d. J. sieht folgende Teuerungsbefreiungen für Staatsarbeiter vor: a) für verheiratete oder verwitwete Arbeiter, die ein Kind unter 15 Jahren zu ernähren haben, monatlich 3 Mk.; b) für verheiratete oder verwitwete Arbeiter mit 2 Kindern unter 15 Jahren monatlich 6 Mk.; c) für verheiratete oder verwitwete Arbeiter mit 3 oder 4 Kindern unter 15 Jahren monatlich 9 Mk.; d) für verheiratete oder verwitwete Arbeiter mit mehr als 4 Kindern unter 15 Jahren monatlich 12 Mk. — Die vorstehenden Sätze der Zulage konnten bisher nur jene Staatsarbeiter erhalten, die einen Tagelohn von unter 4,60 Mk. erhielten, während den Beamten die Zulage bis zu 1400 Mark Jahresinkommen zugehört war. Welche Sätze, die der Arbeiter und der Beamten, stellten sich in der jährlich festgesetzten Einkommensgrenze. Unser Verband wandte sich gemeinsam mit dem Deutschen Bergarbeiterverband an das Staatsministerium der Finanzen mit mehreren Anträgen, die vor allem Tingen eine Erhöhung der Einkommensgrenze für die Arbeiter wie für die Beamten von 2000 Mk. verlangten. Ferner wurde um die Entschädigung der ledigen Arbeiter sowie der Arbeiterinnen mit entsprechender Erhöhung der vorstehenden Sätze ersucht. In der Verhandlung wurde das Finanzministerium nicht im Unklaren darüber gelassen, daß die am 24. Juni veröffentlichten Teuerungsbefreiungen für Staatsarbeiter in keiner Art ungenügend und unzureichend sind. Auch der süddeutsche Eisenbahnerverband nahm in einer Konferenz in Nürnberg zu der Sache Stellung. Er leitete ebenfalls eine längere Resolution an das zünftige Ministerium. Leider bleiben die Sätze trotzdem die alten und ist von einer Erhöhung nicht die Rede. Nur die Einkommensgrenze ist um 200 Mk., von 1400 Mark auf 1600 Mk. erhöht worden. Das ist die ganze Neuformulierung der Teuerungszulage, auf die die Staatsarbeiter der Zivilverwaltung schon seit Monaten warten. Im Verhältnis zu der Teuerung müßte diese Verbesserung an, als hätte ein Elefant nach hartem Ringen mit den Geburtswehen eine Maus geboren.

Nürnberg. Am 24. September fand im Saale der „goldenen Kiste“ eine öffentliche Versammlung aller städtischen Betriebe statt, die so stark besucht war, daß sowohl der Saal als auch die Galerie bis auf den letzten Platz besetzt war. Zu derselben waren auch die Frauen der städtischen Arbeiter, welche zum Kriegsdienst eingezogen sind, eingeladen. Sie leisteten fast vollständig der Einladung Folge. Neben der Voraussetzungen zur Weitergewährung der Teuerungszulage referierte der Kollege Weigel Augsburg. Er schilderte die Entwicklung der jetzt bestehenden Teuerung und die Profitgier der verschiedenen Händler. Eine Resolution, die die Organisationsleitung beauftragt, bei den beiden städtischen Kollegien dahin zu wirken, daß die bis 31. Oktober bereits genehmigte Teuerungszulage auch nach Ablauf des Monats Oktober weiter gewährt wird, fand einstimmige Annahme. — Neben der notwendigen Erhöhung der Bezüge für die Kriegserkrankten sprach Kollege Schulz. Viele Frauen von eingezogenen städtischen Arbeitern haben sich schriftlich als mündlich an die Organisationsleitung gewandt und ersucht, bei den städtischen Kollegien für sie einzutreten, damit ihre Bezüge erhöht werden, da es ihnen unmöglich ist, noch länger damit auszukommen. Auch Briefe aus dem Felde des gleichen Inhalts sind wiederholt eingetroffen. Ferner gab er einen ausführlichen Überblick von sehr vielen Stadverwaltungen über deren Unterbringungseinrichtungen während des Krieges. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme: „Die am 24. September 1915 stattgefundene gut besuchte Versammlung der städtischen Arbeiter und der Kriegserkrankten nahmen den Ausführungen der beiden Referenten zu. Die Kriegserkrankten sind durch die abnorm verteuerten Preise aller Lebensmittel und sonstigen Bedarfsartikel in eine äußerst bedrängte Lage gekommen und beauftragen deshalb die Leitung des Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes, den städtischen Kollegien möglichst schnell den Wunsch auf eine angemessene Erhöhung ihrer Bezüge zu unterbreiten.“ — In der Diskussion wurden die Ausführungen der beiden Referenten unterstützt und die Nichtorganisierten aufgefordert, ihren Anschluß an die Organisation zu vollziehen.

◆ Theaterarbeiter ◆

Mün. Am 21. April v. J. kündigte der Gemeindefacharbeiterverband einen mit der Direktion der „Vereinigten Stadttheater“ abgeschlossenen, bis zum 31. August 1914 gültigen Tarifvertrag für das technische Personal und reichte gemeinsam mit dem „Zentralverband christlicher Holzarbeiter“ einen neuen Tarifentwurf ein. Fast gleichzeitig kündigte auch die Direktion den Vertrag, da die Aufstellung einer neuen Lohn- und Arbeitsordnung seitens der Stadtverwaltung beabsichtigt sei. Bis Ende Juni 1914 war von irgendwelcher Stellungnahme der Stadtverwaltung nichts bekannt, so daß sich das Personal veranlaßt sah, erneut die Stadtverwaltung zu ersuchen, mit den Organisationen in Verhandlungen zu treten. Die im folgenden Monat ausbrechenden Kriegswirren mögen dazu beigetragen haben, daß sich sowohl die von der Stadtverwaltung beabsichtigte Aufstellung einer Lohn- und Arbeitsordnung, wie auch die vom Personal gewünschte tarifliche Regelung der Arbeitsverhältnisse verzögern konnten, rechtfertigt aber durchaus nicht das Sidenschweigen der Stadtverwaltung, die auch eine ihr im März d. J. unterbreitete Beschwärde unbeantwortet ließ. Unter anderem wurde in dieser Beschwärde der Wunsch ausgedrückt, wenigstens der Frage der Arbeitszeitverkürzung näher zu treten. Das Stillschweigen der Stadtverwaltung hat unter dem gesamten technischen Personal eine begriffliche Erregung hervorgerufen, die in der letzten, stark besuchten Versammlung lebhaft zum Ausdruck kam. Die Zeitumstände haben auch die Bühnenarbeiter veranlaßt, auf die reiflose Durchführung der im Tarifentwurf enthaltenen Forderungen bis nach Beendigung des Krieges zu verzichten und nur auf die Beseitigung der ungebührlich langen Arbeitszeit und einer Vermehrung der freien Tage zu drängen. Während in den gesamten städtischen Betrieben, selbst in den einzelnen Messforts der Theater, Werkstätte, Malersaal usw. seit langem die 9½ bzw. die 11stündige Arbeitszeit herrscht, müssen die Bühnenarbeiter nach wie vor 10½ Stunden ausschließlich der Pausen arbeiten, wozu in der Regel noch einige Arbeitsstunden kommen. Dabei stellt der Theaterbetrieb außerst hohe Anforderungen an die körperlichen und geistigen Kräfte der Arbeiter, was von Bühnenfachmännern auch anerkannt wird. Es ist ein Kulturhätte, und das will doch das Kölner Theater sein, unwürdig, daß an ihr eine solch kulturwidrige lange Arbeitszeit herrscht. Dasselbe gilt von den freien Tagen der Bühnenarbeiter. In 30 bzw. 31 Tagen ganze zwei freie Tage ist durchaus ungenügend, wenn in Betracht gezogen wird, daß das technische Personal mit Ausnahme ein paar freier Sonntage in der spielfreien Zeit — und auch die sind durch allerlei Sonderveranstaltungen zum Teil noch mit Beschlag belegt — das ganze Jahr, Sonn- und Feiertag, anspannt ist. Die Arbeiterkommission hat nunmehr am 31. August der Direktion mündlich die Forderung unterbreitet zu veranlassen, daß die zehnstündige Arbeitszeit eingeführt wird und drei freie Tage im Monat gewährt werden. Unser Verband unterbreitete dieselbe Forderung dem Herrn Oberbürgermeister. Es kann wohl erwartet werden, daß die Stadtverwaltung diesmal nicht nur den Bühnenarbeitern und ihrer Interessvertretung, dem Gemeindefacharbeiterverband, einer Antwort würdigt, sondern auch alsbald die beiden an den Zeitumständen gemessenen bescheidenen Forderungen entspricht. Bei einigermaßen gutem Willen ist dies möglich. Bei der Direktion scheint ein solcher allerdings nicht vorhanden zu sein, sonst würde man der Arbeiterkommission auf ihre Anfragen hin nicht den Bescheid geben, sie möge sich an den Theatermeister wenden, der sei der Arbeitgeber. Solche leeren Androben soll man sich doch ersparen und die berechtigten Forderungen der Bühnenarbeiter mit etwas mehr Ernst behandeln.

Ueberschlag.

Schweigend im Arme der Nacht schlüß die Katerie,
Die noch am heiteren Tag den eisernen Tod auspie.
Stumm, wie lässliche Tiger, lauren die schlanken Geschüße,
Im metallenen Auge drohend Geschmetzel, schobend Geschütze.
Morgen wird die Schlacht aus neu' aus ihren Berreden steigen,
Die Granaten werden aus neu' den Bögen das herrliche Nitzen zeigen.
Aus neu' wird hinstrengen der feurige Waagen,
Der Erde Weggebrüll an die Tore des Himmels schlagen.
Aber der große Wall läßt sich durch nichts bewegen,
Gleichmäßig schied er die Sonne, gleichmäßig Sturm und Regen.
Schimmelt der Sterne Bahnen, lenkt der Geschütze Achsen,
Läht Berge und Bäume, Tiere und schöne Menschen wachsen.
Der Sinn des Lebens ist verrückt
Und allem Widersinn verbündet,
Perweil die Erdheit blutig sich zerstückt,
Hat sich im fernem Blau ein neuer Stern entzündet!

L. S. Böhle, Kanonier.

◆ Aus den deutschen Gewerkschaften ◆

Eine Gauvorsitzerkonferenz des Transportarbeiterverbandes nahm nachfolgende Erklärung an: „Die am 19. und 20. September 1915 in Berlin tagende Konferenz von Vertretern der Gau- und Ortsvorstände des Deutschen Transportarbeiterverbandes hält die von der Mehrheit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion im Verlaufe des Krieges eingenommene Stellung für die auch im Interesse der deutschen Gewerkschaften allein richtige. Die Konferenz schließt sich den von der Generalkommission der Gewerkschaften und der Konferenz von Vertretern der Verbandsvorstände gegen das organisationschädigende Treiben einiger Sonderbündler gerichteten Erklärungen vollständig an. Auch sie erblickt in diesen Versuchen unverantwortlicher Luertreiber, Zersplitterung und Uneinigkeit in die Organisation zu tragen, eine große Gefahr für das erfolgreiche Wirken der Arbeiterchaft auf politischem und wirtschaftlichem Gebiete. Die Konferenz macht es deshalb allen Verbandsfunktionären zur unbedingten Pflicht, jedem Verjude, derartige organisationszerstörende Bestrebungen in unseren Verband hineinzutragen, mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten.“

Der Verband der Sattler und Portfeuilleer hat während des ersten Kriegesjahres mehr als 11 000 Neuaufnahmen vollzogen. Wenn der Verband am 1. Juli 1915 trotzdem nur 177 männliche und 899 weibliche Mitglieder mehr zählte als am gleichen Tage des Vorjahres, so liegt das daran, daß über 7000 Mitglieder bereits zum Kriegsdienst eingezogen waren und im letzten Vierteljahr allein fast 1000 meistens neugewonnene, heraufstrebende Mitglieder wieder ge- rückt wurden. Der Beschäftigungsgrad in der Ausstattungsindustrie hat in den letzten Monaten merklich nachgelassen; von den Entlassungen sind aber fast gar keine Sattler betroffen. Am 1. Juli zählte der Verband 13 713 männliche und 1899 weibliche Mitglieder. Am 31. Juli 1915 wurde die sechste Kriegstaxi auf aufgenommen, aus der eine ständige Zunahme der Frauenerbeit in der Leder- ausstattungsindustrie zu entnehmen ist. Die Zahl der männlichen Mitglieder ist im Juli auf 13 662 gefallen, die der weiblichen auf 2116 geblieben. Zum Militär eingezogen waren 7092, darunter 3669 Ledige.

Unterstützungserweiterungen im Bauarbeiterverband. Eine Konferenz des Verbandsbeirats und -auschusses mit dem Verbands- vorstand, die vom 16. bis 18. September in Hamburg tagte, hat die Wiederinkraftsetzung der statutarischen Arbeitslosen- und Krankunterstützung vom 1. November dieses Jahres an beschlossen. Mit diesem Tage wird die am 17. August 1914 eingeführte Notstandsunterstützung aufgehoben. Die Krankunterstützung wird noch nicht wieder eingeführt. Entgegen der sonstigen statutarischen Bestimmungen, wonach die Unterstützungsberechtigung für die ausge- heimerten Mitglieder erst dann wieder beginnt, wenn vom letzten Tage der vorausgelaufenen Unterstützungsperiode an gerechnet ein Wartefahr von 52 Wochen verstrichen und das Mitglied während dieser Zeit erwerbsfähig gewesen ist und mindestens 44 Vollbeiträge gezahlt hat, soll für alle Mitglieder ein neues Unterstützungs- jahre beginnen, sofern sie vom Tage ihrer letzten statutarischen Unterstüt- zung oder seit dem 17. August vorigen Jahres mindestens 44 Bei- träge geleistet haben. Als Vollbeiträge werden auch die von der Notstandsunterstützung in Abzug gebrachten verminderten Beiträge angesehen. Um auch den nachweislich erwerbsunfähigen Kranken, die während der Auserkennung des Status Unterstützung nicht erhalten haben und deshalb beitragsfrei waren, mit dem 1. No- vember den statutarischen Unterstützungsanspruch zu sichern, werden ihnen die während ihrer Krankheit verabsolvierten Freimarken als Vollmarken angerechnet. Die Konferenz beschloß alsdann noch, zu Weihnachten den Familien der Kriegsteilnehmer nochmals eine Unterstützung zukommen zu lassen. Bisher ist diese Unterstützung während des Krieges dreimal zur Auszahlung gekommen. Sie hat dem Verbands bereits 2 336 000 M. gekostet. Für die in Aussicht genommene vierte Auszahlung werden anderthalb Millionen Mark veranschlagt.

Der Transportarbeiterverband im Jahre 1914. Wädig hemmend hat der Weltkrieg in das Entwicklungsleben der Gewerkschaften hineingegriffen. Davon zeugt auch der Jahresbericht des Transportarbeiterverbandes für 1914. Die agitatorische Verbands- tätigkeit umfaßt zwar die hohe Zahl von 34 915 Versammlungen, Besprechungen und Sitzungen, aber das Ergebnis derselben bleibt naturgemäß weit hinter dem früherer Jahre zurück. In agitatori- schen Zwecken wurden im Laufe des Jahres 300 000 Broschüren und 205 000 Flugblätter verbundene Anhalts an die Berufsklassen ver- trieben. Die Verbandspresse, bestehend aus dem wöchentlich er- scheinenden Hauptorgan „Courier“ und den vierzehntäglichen er- scheinenden Branchenorganen „Schiffahrt“, „Straßenbahner“ und „Waldruif“, wurde bei Kriegsausbruch auf das Hauptorgan reduziert, und auch dieses wurde nur vierzehntägig herausgegeben. Das Er- gebnis der Agitation waren 39 937 männliche und 2198 weibliche neue Mitglieder, deren weitaus größte Zahl noch in den Monaten vor dem Ausbruch des Krieges gewonnen wurde. Die Aufnahme- ziffer ist um rund 40 Proz. gegenüber der des Jahres 1913 zurück-

geblieben. Dagegen betrug der Mitgliederverlust, gemessen an der Eintrittsziffer, nur 62,1 Proz. gegenüber 66,6 Proz. im Vorjahre. Bis zum 31. Dezember 1914 waren 81 526 Mann = 35,5 Proz. der Gesamtmitgliedschaft zum Heeresdienst einberufen. Die Gruppe Innenschiffer wurde dabei am schwersten getroffen. Ihre Kriegsdienstpflichtigen umfaßten 80,4 Proz. der Mitglieder. An Wochenbeiträgen wurden 7 911 029 oder 22,3 Proz. weniger als 1913 entrichtet. Am Schlusse des Jahres 1914 waren noch 123 000 Mitglieder vorhanden. Die Gesamteinnahme der Hauptkasse betrug 3 203 093 Mk., die Gesamtausgabe 3 644 056 Mk. An Bestand verblieben am 31. Dezember 1914 in der Hauptkasse 642 898 Mk. In den Ortskassen war am gleichen Tage ein Bestand von 819 137 Mk. vorhanden. Für Unterhaltungen der Verbandsmitglieder wurde vorausgesehen: Für Arbeitslosigkeit, Krankheit und in Notfällen 2 126 310 Mk., an Arbeiterfamilien 114 561 Mk., außerdem aus dem Notfonds für den gleichen Zweck 40 700 Mk. Die Lohnbewegungen verursachten eine Ausgabe von 537 669 Mk. Die Arbeitsvermittlungsgesellschaft des Verbandes haben auch im Jahre 1915 gut funktioniert. Es wurden diesen 54 797 freie Stellen gemeldet, von denen 48 812 mit Verbandsmitgliedern besetzt werden konnten. Lohnbewegungen konnten nur in den ersten sieben Monaten des Jahres 1914 geführt werden. Es wurde dabei erreicht: Für 28 609 Verleiher eine Lohn-erhöhung von 56 635 Mk. und eine Verkürzung der Arbeitszeit für 3442 Personen um 16 355 Stunden wöchentlich. Die Bezahlung von Ueberstunden wurde für 9627 Verleiher durchgesetzt. Ferner wurde erreicht die Bezahlung der Nacharbeit für 2195 und die Vergütung der Sonn- und Feiertagsarbeit für 5800 Mitglieder. Eine ganze Reihe anderer kleiner Verbesserungen der Arbeitsverhältnisse konnte für 2800 Personen durchgesetzt werden. Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen wurden für 2600 Verbandsmitglieder abgewehrt. An Tarifverträgen wurden 237 für 1704 Betriebe mit 19 582 Beschäftigten abgeschlossen. In Kraft waren im Jahre 1914 im ganzen 1191 Tarifverträge für 7437 Betriebe mit 94 194 Personen. Auf dem Verbandstage zu Köln a. Rh. war im Juni 1914 eine gründliche Reform der Beitragszahlung, abgestuft nach dem Einkommen der einzelnen Mitglieder, beschlossen worden. Sie trat am 1. Juli 1914 in Kraft. Als nun im August der Krieg ausbrach, sahen sich Verbandsauschuss und Vorstand trotzdem gezwungen, die Kranken- und Sterbeunterstützung aufzuheben. Beide Unterhaltungen konnten inzwischen zum Teil wieder eingeführt werden. Die Mitglieder waren einsichtig genug, diese einschneidenden Maßnahmen, als durch den Zwang der Verhältnisse gegeben, zu begreifen und dem Verbandsrat treu zu bleiben. So ist heute denn die sichere Gewißheit gegeben, daß der Verband die schwere Zeit des Weltkrieges überwinden und dann mit neuem Eifer Kraft seine Entwicklung weiter nach aufwärts nehmen wird.

Der Zentralverband der Handlungsgehilfen während des Krieges. Der Verband zählte am 1. Juli 1914 insgesamt 26 051 Mitglieder, und zwar 11 822 männliche und 14 229 weibliche. Bis zum 30. Juni 1915 sank die Zahl der männlichen Mitglieder auf 10 999, wogegen die der weiblichen auf 14 750 anstieg, so daß sich ein Mitgliederbestand von 25 749 ergab. Am 31. Juli 1915 waren 2779 verheiratete und 2347 ledige, zusammen 5126 Mitglieder zum Heeresdienst eingezogen; fast 200 sind bisher als gefallen gemeldet worden. Arbeitslos waren am 31. Juli 154 männliche und 533 weibliche, zusammen 687 Mitglieder. Seit Kriegsbeginn sind bis zum 31. Juli hat der Verband 44 698 Mk. Arbeitslosenunterstützung ausbezahlt. Dazu kommen die sonstigen Unterhaltungen, die aber hinter diesem Betrage zurückbleiben. Die Mitgliederzahl ist mit der Fortdauer des Krieges durch die Einberufung auch des ungedienten Landsturms bedeutend geringer geworden.

◆ Internationale Rundschau ◆

Schweiz. Unsere schweizerische Bruderorganisation befindet sich seit längerer Zeit in einer schweren Krise, die trotz wiederholter Verbandstage noch immer nicht behoben ist. Der letzte (außerordentliche) Verbandstag hat nun die inneren Schwierigkeiten weiter vertieft, so daß im Moment die weiteren Folgen gar nicht abzusehen sind. Es ist für den Aufstehenden überaus schwer, ein treffendes Urteil zu fällen, wir begnügen uns deshalb mit der Feststellung, daß der Hauptstreitpunkt die **A b s c h a f f u n g** des bisherigen Sekretariats ist. In Nr. 18 des schweizerischen Bruderorgans vom 1. Oktober wird leider noch kein Verdict über den Verbandstag vom 5. September gegeben, sondern nur Beschlüssen. Wir geben aus diesen die Auffassung des sozialdemokratischen Züricher „Vollrechts“ wieder, die den betäubenden Ausgang des Verbandstages folgendermaßen charakterisiert:

„Der am Sonntag (5. September) im Volkshaus in Olten abgehaltene außerordentliche Verbandstag der Gemeinde- und Staatsarbeiter nahm einen Verlauf, wie er ihn anders, nach dem, was alles dem Verbandstag vorausgegangen war, fast nicht mehr nehmen konnte: um die Ehre des Verbandes zu retten, kapitulierten die gewerkschaftliche Disziplin vor der Disziplinlosigkeit. Hatte schon der Antritt der hiesigen Arbeiter von Zürich den Verband in seiner Ehre bedroht, so mußte vollends der Austritt der Berner, wenn er nicht rückgängig gemacht werden konnte, den Verband in seinen Grundfesten erschüttern. Das ungewerkschaftliche Vorgehen

der Züricher und Berner hätte auch die letzte große Sektion, die Basler, antreten müssen, und dann wäre es um den Verband geschehen gewesen; denn die kleinen ländlichen Sektionen allein hätten den Verband nicht mehr aufrechterhalten, das heißt, sie hätten das, was sie gerade so dringend notwendig brauchen und woran sie deshalb auch immer so entschieden festgehalten haben, das Sekretariat allein nicht erhalten können, und damit wäre auch für sie der Verband erledigt gewesen. Was jeder andere Gewerkschaftsverband ohne weiteres hätte tun müssen: das vom gewerkschaftlichen Standpunkt aus einfach unangehörliche Ultimatum der Berner rundweg abweisen und an den gefassten Beschlüssen in vollem Umfange festhalten, das konnte der Verbandstag der Gemeinde- und Staatsarbeiter nicht mehr; es war ihm nicht mehr möglich, den Grundsatz gewerkschaftlicher Disziplin in vollem Umfange aufrechtzuerhalten, wollte nicht der Verband diesem Grundsatz geopfert werden. Schon bei der Aufstellung der Tagesordnung wich der Verbandstag der grundsätzlichen Frage aus, indem mit großer Mehrheit beschlossen wurde, das Traktandum festhalten oder fallenlassen der am Verbandstag in Basel beschlossenen Zentralisation von der Tagesordnung zu streichen. Ebenso wurde das Traktandum: Rücktritt des Präsidenten des Verbandsvorstandes von der Tagesordnung abgesetzt, dafür aber beschlossen, den Bericht der Kontrollkommission sowie die Besprechung der Denkschrift der Verbandsleitung als besondere Traktanden zu behandeln. Hatte schon die Festlegung der Tagesordnung eine ungebührlich lange Debatte hervorgerufen, indem hier schon alle die Streitfragen aufgerollt wurden, so führten die beiden folgenden Traktanden, der Bericht der Kontrollstelle und die Besprechung der Denkschrift zu einer nicht endemwollenden Meereschlacht, die allerdings kein praktisches Ergebnis zeitigte. Während auf der einen Seite die Verbandsleitung heftig angegriffen und deren Untätigkeit als die Ursache der tiefgehenden Krise bezeichnet wurde, die schon lange in das heutige Stadium gekommen wäre, wenn sich nicht die Sektionsleiter immer für den Verband geworbt hätten, machten die Anhänger der Verbandsleitung wie auch die Kontrolle geltend, daß die Mitglieder der großen Berner Sektionen eben nie für den Verband, sondern stets gegen den Verband erzogen worden seien. Die Diskussion war im allgemeinen recht betrieblig; es traten Auffassungen zutage, die auf einen bedenklichen Mangel gewerkschaftlicher Solidarität schließen ließen. Der gefasste Beschluß: Aufhebung des Sekretariats soll nun der Mittelweg sein, auf dem die beiden Parteien sich finden, auf dem sowohl die Berner als die Züricher städtischen Arbeiter wieder für den Verband gewonnen werden und mit dem sich nun auch die kleinen Sektionen, weil das Sekretariat nicht sofort aufgelöst wird, abfinden sollen. Der Sekretär kann erst zum 1. April 1917 gekündigt werden. (D. M.)

Es ist ein tieftrauriges Zeichen für den Verband. Die ganze Krise im Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter offenbarte einen großen Mangel an Erziehung zum gewerkschaftlichen Denken. Es ist zu hoffen, daß sie wenigstens auch ihre Lehren zeitigen wird.“

Wie es nach diesem Stimmungsbericht den Anschein hat, ist unter allberehnter Freund und Kollege Hermann Greulich tatsächlich aus dem Präsidium zurückgetreten. Das würde auch für die Internationalen der Gemeindearbeiter ein herber Verlust sein. Sobald das Protokoll des Verbandstages erschienen ist, denken wir darauf zurückzukommen.

England. Vom britischen Gewerkschaftskonferenz, der sich mit 600 gegen 7 Stimmen (bei circa 100 Enthaltungen) für die kriegsführende Regierung und gegen den Frieden aussprach, ist noch nachzutragen: Der letzte Montagtag in Bristol war der einzige, an dem über Gewerkschaftsfragen beraten wurde. Fünf Montagabende wurden mit Debatten und Reden über Kriegsfragen ausgefüllt. Folgende Resolution fand an der Tagesordnung: Der Kongress bekräftigt die Resolution von 1906 und 1907, indem er erklärt, daß jede Organisationsmethode, die die Arbeiter desselben Berufs voneinander trennen will, den Interessen der Gewerkschaftswelt zuwiderläuft. Er fordert das Parlamentarische Komitee auf, die Empfehlungen vom 4. Juni 1907 gegen jede Gewerkschaft anzuwenden, die sich einer derartigen Handlungsweise schuldig macht.“ Es handelt sich in dieser Resolution um die Frage, ob die Arbeiter nach Berufs- oder nach Betrieben zu organisieren sind. Die Bergleute und die Eisenbahner verlangen die Organisation nach Betrieben; sämtliche Arbeiter, die in Bergwerken beschäftigt sind, sollen ohne Rücksicht auf ihren Beruf dem Bergarbeiterverbände angeschlossen werden. Dasselbe gilt vom Eisenbahnbetriebe. Der Zweck dieses Organisationsplans ist, im Konflikt-falle den ganzen Betrieb lahmlegen zu können. Legen z. B. die Bergleute die Arbeit nieder, so sollen auch die Maschinen, Feuerleute usw. in den Streik eintreten. Oder: streiken die Eisenbahner, so sollen auch die Erdarbeiter, die Schloffer usw. die Arbeit niederlegen. Die gesamte Resolution führte zu einer längeren Auseinandersetzung, in der die Delegierten der Bergleute und der Eisenbahner die Betriebsorganisation befürworteten. Bei der Abstimmung wurde jedoch die Resolution mit 1,3 Millionen gegen 1,1 Millionen Stimmen abgelehnt. Wenn wir diesen in der Arbeiterpresse bekanntgegebenen Bericht recht verstehen, ist mit der Ablehnung der Resolution die Betriebsorganisation neben der Berufsorganisation zulässig. Soweit sind wir in Deutschland leider noch nicht.

so gehemmt wird, wie die der Gewerkschaften. Die Entwicklung der Unternehmerverbände ist eine dringliche Mahnung an alle Arbeiter, ihre Organisationen lebens- und kampffähig zu erhalten. Was die Zukunft nach Ablauf des Krieges auch bringen mag; ohne die Organisationen der Arbeiter wird sie diesen wenig oder nichts bringen. Darum hinein in die Organisation! Wer aber drin, der bleibe ihr treu!

Bäder- und Anstaltsfürsorge für Kriegsteilnehmer. In der Öffentlichkeit ist bisher über alle Maßnahmen zur Fürsorge für die verwundeten und kranken Kriegsteilnehmer eingehend berichtet worden. Nur einer wichtigen Arbeit wurde bisher wenig gedacht: Der endgültigen Wiederherstellung der Gesundheit und Erwerbsfähigkeit erkrankter und verwundeter Kriegsteilnehmer durch Bäder und Anstaltsfürsorge, wie sie das Zentralkomitee der deutschen Vereine vom Roten Kreuz nach einem großangelegten Plane anstrebt. Gewiß hat das Militärmedizinwesen sorgfältige Anordnungen getroffen, in welcher Weise mit den aktiven Kranken und verwundeten Kriegsteilnehmern während der Behandlung in den Lazaretten zu verfahren ist. Insbesondere sollen auch für den Fall, daß eine Spezialbehandlung erforderlich ist, neben den medico-mechanischen und orthopädischen Behandlungsmethoden Bäder- und Brunnenkuren eingeleitet werden. Es muß aber schon jetzt darauf hingewiesen werden, daß es besonders nach dem Decreesverbaude entlassenen (inaktiven) Kriegsteilnehmer alle jene Einrichtungen zu schaffen, die auch ihnen die wertvollen Schätze unserer Heilbäder, Luftkurorte und orthopädischen Heilanstalten in weitestem Umfange zugänglich machen. Unter den Millionen der Kriegsteilnehmer werden sich Hunderttausende von Männern befinden, denen erst eine Kur oder sonstige Nachbehandlung die erforderliche Kräftigung für den Wiedereintritt in das Berufsleben schaffen muß. Viele Tausende werden noch jahrelang die erste Kur wiederholen müssen, um die im Krieg, namentlich durch die aufreibenden Strapazen des Winterfeldzuges und des neuzeitlichen Stellungskampfes erlittenen körperlichen Schädigungen auszugleichen. Das Zentralkomitee der deutschen Vereine vom Roten Kreuz hat diesen Gedanken zuerst in die Tat umzusetzen gesucht und in einer besonderen Abteilung, der neben Mitgliedern der Reichs- und Staatsbehörden, Ärzten, Parlamentariern aller Parteien auch bekannte Führer der Arbeiterbewegung angehören, die eingehendsten Vorbereitungen getroffen: zur Lösung dieser schwierigen Aufgabe, bei der auch das Reich sicherlich mitarbeiten wird. Dieser neue, umfassende organisierte Zweig der sozialen Kriegswohlfahrtspflege wird unseren tapferen Kriegeren nicht nur Gesundheit und Lebensfreude bringen, sondern sie als vollwertige und arbeitstüchtige Glieder unserer Volksgemeinschaft erhalten. Aus dem Decreesdienst entlassene Kriegsteilnehmer können schon jetzt durch die Abteilung D des Zentralkomitees vom Roten Kreuz, Berlin (Herrenhaus) in Kurorten untergebracht werden. Diese Abteilung hat in groß zügiger Weise mit allen in Betracht kommenden Bädern und Kurorten Abmachungen getroffen, um den bedürftigen Kranken und siechen Kriegsteilnehmern die hervorragenden Annehmlichkeiten nicht leicht kostenlos als vollberechtigten Kurgästen in weitestem Maße zu erschließen und durch rechtzeitig und richtig eingeleitete Heilbehandlung Hunderttausende siecher und sorgenvoller Invaliden in ebenso viele arbeitsfähige und arbeitsfreudige Volksgenossen zu wandeln. Es liegt sowohl im Allgemeininteresse als in dem des Kriegsteilnehmers selbst, keine Zeit ungenützt zu lassen, die hier gebotenen Möglichkeiten in Anspruch zu nehmen.

Trübes Wetter.

Es ist ein stiller Regentag,
So weich, so ernst und doch so klar,
Wo durch den Dämmer brechen mag
Die Sonne weiß und sonderbar.

Ein wunderliches Zwielicht spielt
Beschaulich über Berg und Tal;
Natur, halb warm und halb verfühlt,
Sie lächelt noch und weint zumal.

Die Hoffnung, das Verlorensein,
Sind gleicher Stärke in mir wach;
Die Lebenslust, die Todespein,
Sie ziehn auf meinem Herzen Schach.

Ich aber, mein bewußtes Ich,
Beschau' das Spiel in stiller Ruh',
Und meine Seele rühlet sich
Zum Kampfe mit dem Schicksal zu.

Gottfried Keller.

Eingegangene Schriften und Bücher

„Der Friede und die Internationale“. Zehnfachig erwartet die Menschheit den Frieden. Von der Sozialdemokratie, die immer eine Friedenspartei gewesen, erwartet die Bevölkerung, daß sie die Initiative ergreife. Die deutsche Partei hat nach dieser Richtung hin ihre volle Schützigkeit getan, leider hat sie bei den Sozialdemokraten des feindlichen Auslandes kein Entgegenkommen gefunden. Diese Tatsachen sind aber in den Kreisen der deutschen Parteigenossen nicht genügend bekannt oder es sind die Einzelheiten in Vergessenheit geraten. Hugo Pösch hat deshalb unter obigem Titel eine gedrängte, aber übersichtliche Zusammenstellung der wichtigsten Stimmen veröffentlicht, die als Echo der Friedensbestrebungen der deutschen Sozialdemokratie aus dem Auslande zu uns herüberdrängen. Die Zweiseitige Schrift kostet trotz guter Ausstattung nur 10 Pf. und ist durch jede Buchhandlung zu beziehen. Sie bildet das 9. Heft einer zehnpennigen Bibliothek, welche der Verlag der „Internationalen Korrespondenz“, Berlin-Mariendorf, unter dem Sammeltitel „Kriegs-probleme der Arbeiterklasse“ in rascher Folge erscheinen läßt.

Redin, Ein Volk in Waffen. (Große Ausgabe.) Heute liegt das Werk „Ein Volk in Waffen“ in vollständiger Ausgabe vor uns als ein stattlicher Band von über 500 Seiten, geschmückt mit einer Fülle von Bildern, die der Verfasser selbst mit Zeichenstift und Kamera aufgenommen hat. Wie alle übrigen Werke des berühmten Schweden hat Prochhaus auch dieses in ein sehr schmales Gewand gekleidet, und der Preis von 10 Mk. für das gebundene Exemplar ist billig zu nennen. Daneben gibt es gebundene Exemplare (8 Mk.), die für den Versand ins Feld in einer dreiteiligen Ausgabe in jeder Buchhandlung zu haben sind; jeder dieser drei Teile steht zur bequemen Versendung als Zeitpostbrief in einem mit entsprechendem Aufdruck versehenen Umschlag. Gegenüber der kleinen Ausgabe hat die große ein persönlicheres Gepräge, das ihr ein besonderes Interesse verleiht. Redin sah nicht nur Soldaten und Patrouillen, Batterien und Schützengräben; er lernte unzählige Persönlichkeiten kennen, die er mit Namen nennt, charakterisiert oder im Witze wieder gibt.

Totenliste des Verbandes.

- | | |
|--|---|
| Edvard Fraund, Wiesbaden
Gasarbeiter
† 20. 9. 1915, 60 Jahre alt. | Karl Ludwig, Dresden
Gasarbeiter
† 1. 10. 1915, 51 Jahre alt. |
| Josef Heimann, Berlin
Gasarbeiter
† 25. 9. 1915, 54 Jahre alt. | Joh. Nikolaus, Virmasens
Manufakturarbeiter
† 24. 9. 1915, 60 Jahre alt. |
| August Krüger, Berlin
Parlarbeiter
† 23. 9. 1915, 63 Jahre alt. | Josef Seber, Nürnberg
Arbeiter im Schlachthof
† 22. 9. 1915, 52 Jahre alt. |
| H. Kröllsch, M.-Sudenburg
Invalide
† 27. 9. 1915, 73 Jahre alt. | W. Wojciechowski, Berlin
Eishafen
† 27. 9. 1915, 49 Jahre alt. |



Auf dem Schlachtfelde sind gefallen:

- | | |
|--|---|
| G. Bernedeit, Königsbg. i. V.
am 31. August im Alter von
33 Jahren gefallen. | Heinrich Hindt, Hamburg
am 19. August im Alter von
33 Jahren im Osten gefallen. |
| O. Dannenberg, Hbg.-Drage
am 29. August im Alter von
31 Jahren im Osten gefallen. | Wilhelm Lienhop, Hamburg
am 9. September im Alter von
27 Jahren im Lazarett verstor. |
| Robert Förster, Berlin
am 11. September im Alter
von 39 Jahren gefallen. | Emil Paebel, Berlin
am 11. September im Alter
von 34 Jahren gefallen. |
| Karl Hoffmann, Kiel
am 5. September im Alter von
33 Jahren in Russland gefallen. | Josef Koski, Berlin
Gasarbeiter, am 24. September
im Alter v. 28 Jahren gefallen. |
| Emil Kahnt, Halle a. S.
am 26. August im Alter von
25 Jahren gefallen. | Kud. Schulz, Königsbg. i. Vr.
am 29. August im Alter von
32 Jahren gefallen. |
| Fritz Krause, Berlin
am 16. September im Alter
von 26 Jahren gefallen. | H. Siedler, Königsberg i. Vr.
am 23. August im Alter von
24 Jahren gefallen. |

Gehre ihrem Andenken!

Kette, zur Bereinigung des Verbandes der Gewerkschaften und Staatsbediensteten (S. 111) und, beide Bände SW. 63, Göttingen 24
A. und. Hermanns Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co. Berlin SW. 63, Unter den Eichen 2